BEWERBUNG UM DAS ERSTE OFFENE VOTUM ZUR LANDTAGSWAHL 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich bei Euch um das erste offene Votum im Bezirksverband Niederrhein-Wupper zur Landtagswahl 2022

Neulich hat NRW-Innenminister Herbert Reul bei Markus Lanz gesagt, er kenne niemanden, der sagen würde, die Landesregierung arbeite schlecht – nur die Opposition meckere dann und wann mal, aber das sei ja normal.

Die Aussage traf nicht nur in meinen oppositionellen Ohren auf Verwunderung. Denn hätte Reul die Wahrheit ausgesprochen, hätte er zugeben müssen, dass zahlreiche Gerichtsentscheidung die Arbeit der Landesregierung nicht als schlecht, sondern als rechtswidrig eingestuft haben.

Armin Laschet hat als Ministerpräsident den größten Polizeieinsatz in der Geschichte NRWs angeordnet, um den Hambacher Wald zu räumen – rechtswidrig, wie das Kölner Verwaltungsgericht feststellte.

Entgegen der Empfehlung der Kohlekommission, für deren Beschlüsse sich Laschet hat feiern lassen, ging Datteln IV ans Netz – der Stecker musste vom Oberverwaltungsgericht Münster wieder gezogen werden.

Eine von Vize-Ministerpräsident Stamp in einer Nacht und Nebel Aktion durchgedrückte Abschiebung nannte das Oberverwaltungsgericht Münster später „grob rechtswidrig“.

Justizminister Biesenbach steht im Zentrum mehrerer Untersuchungsausschüsse. Es musste staatsanwaltlich geprüft werden, ob er sich der Falschaussage vor einem Ausschuss strafbar gemacht hat.

Die Wahrheit ist: NRW wird schlecht regiert.

Doch anstatt politische Entscheidungen zu treffen, die nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten, schwadroniert Innenminister Reul öffentlich, Richter sollen doch darauf achten, dass Ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen. Ein Offenbarungseid, der deutlich macht:

Stefan Engstfeld

- Geb. 1970 in Duisburg
- Studium der Sozialwissenschaften
- GRÜNES Mitglied seit 1996 im KV Düsseldorf
- Mitglied des Landtags NRW
- Sprecher für Rechtspolitik
- Sprecher im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Kleve
- Ordentliches Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss
- Sprecher des Bezirksverbandes Niederrhein-Wupper
- Unterstützer (individual supporter) der Europäischen Grünen Partei
- Mitglied der Landesanstalt für Medien
- Mitglied im Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Düsseldorf

Mitglied u.a. bei:

ADFC Düsseldorf, Eine Welt Forum Düsseldorf, Europa-Union, Jonges, Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte, Fortuna Düsseldorf, Heinrich Böll Stiftung NRW, Geschichte am Jürgensplatz, KG Regenbogen, KG Gemeinsam Jeck

Kontakt

stefan.engstfeld@gruene-duesseldorf.de

www.stefan-engstfeld.de

Facebook

Stefan Engstfeld

Twitter

@Engstfelder

Instagram

@Engstfelder

Wir brauchen eine Politik, die Bürger*innenrechte schützt und rechtsstaatliche Prinzipien verteidigt, auch wenn es mal unbequem wird. Das ist bei der Regierung Laschet nicht der Fall!

Das derzeit von Schwarz-Gelb geplante neue Versammlungsrecht sieht in Versammlungen eine potenzielle Gefahr für die öffentliche Sicherheit und versucht, sie repressiv zu regeln. Ich will aber eine Landesregierung, die Versammlungsfreiheit stärkt und nicht schwächt.

Wir brauchen eine Politik, die Vielfalt als echte Chance begreift und danach handelt.

Das tut die schwarz-gelbe Landesregierung nicht. Das hat sie erst kürzlich in der Beantwortung einer Großen Anfrage deutlich gemacht, die ich als rechtspolitischer Sprecher der Fraktion gemeinsam mit meiner Kollegin Josefine Paul zu Frauen in der Justiz gestellt habe:

In den Zivilsenaten der Oberlandesgerichte sitzen lediglich 25 Prozent Frauen. Nur vier der 15 Strafsenate sind mit einer vorsitzenden Richterin besetzt. Gerade einmal fünf der 19 Präsident*innen der Landgerichte sind weiblich.

Ich will eine Politik, die dafür sorgt, dass Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Ebenen der Gesellschaft hergestellt wird. Im Bereich der Justiz besteht in NRW ein wirklicher Nachholbedarf.

Daran will ich in den nächsten fünf Jahren weiter arbeiten und bedanke mich an der Stelle für die Unterstützung und das Votum der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht der Landespartei zur Landtagswahl.

Liebe Freundinnen und Freunde,

als diese Landesregierung unter Laschet die Staatskanzlei übernommen hat, wurden Umwelt- und Verbraucherstandards zusammengestrichen, dem Flächenfraß Tür und Tor geöffnet, Massentierhaltung erleichtert und die Bekämpfung von Umweltkriminalität gestoppt.

Es zeigt sich bis heute eine Landespolitik, die rein rhetorisch Richtung Klimaschutz und Verkehrswende blinkt, in Wirklichkeit klafft aber eine Riesenlücke zwischen Handeln und Reden – auf Kosten des Klimas.

Wir brauchen wieder eine Politik, die ernst macht mit Klimaschutz, die dem Flächenfraß Einhalt gebietet, die nicht mehr eine Verkehrspolitik aus der Perspektive der Windschutzscheibe macht und die eine wirkliche sozial-ökologische Transformation in unserem Industrieland vorantreibt.

Ich möchte mit Euch gemeinsam die Landtagswahl gewinnen und für eine bessere, gerechte, solidarische und ökologische Zukunft streiten. Für gute Politik und saubere Regierungsführung. Ich habe große Lust dazu, die Menschen davon zu überzeugen, dass es in NRW anders, grüner und besser geht.

Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung.

Herzliche Grüße